

11.02.2006, F.A.Z., Zeitgeschehen (Politik), Seite 8 - aus D1, D2, D3, R0, R1, R1N

## Konfliktfall Dezentralisierung

### Schwieriger Reformprozeß in Albanien / Von Carola Kaps

Albanien sieht sich auf dem Weg nach Europa. Aber bevor an Beitrittsverhandlungen auch nur gedacht werden kann, ist noch viel zu tun. So tut sich die Regierung mit dem Projekt der Dezentralisierung noch ziemlich schwer.

TIRANA, im Februar

Albaniens Weg nach Europa ist zwar mit guten Vorsätzen gepflastert; mehr als 40 Jahre Isolation machen es dem Land aber nicht leicht, sich anzupassen und europäische Standards zu erfüllen. Gleichwohl ist in diesen Tagen das Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen (SAA) mit der EU nach mehr als drei Jahre dauernden Verhandlungen paraphiert worden. Theoretisch rückt damit der Zeitpunkt näher, zu dem die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Bedingungen für den EU-Kandidatenstatus erfüllt sind und die Beitrittsverhandlungen beginnen können. In Wirklichkeit wird Albanien allerdings noch viel tun müssen, bis Brüssel zu Beitrittsverhandlungen bereit ist.

Ein wichtiges Kriterium für die Europa-Reife Albanien ist die Frage der Dezentralisierung, die eine komplette Neugestaltung der regionalen und kommunalen Gebietskörperschaften enthält. Auf dem Papier ist schon jetzt alles geregelt. Das Prinzip der Dezentralisierung als Basis kommunaler Selbstverwaltung ist seit 1998 in der Verfassung verankert. Im selben Jahr hat das albanische Parlament die "Europäische Charta der kommunalen Selbstverwaltung" ratifiziert und Institutionen geschaffen, die mit der Verwirklichung der nationalen Dezentralisierungsstrategie beauftragt wurden.

Seither sind alle politischen Parteien dem Ziel verpflichtet, den Zentralstaat schrittweise zu verändern. Während Regierung und Parlament munter Aufgaben delegieren, ohne dabei an eine angemessene Finanzausstattung der Kommunalbehörden zu denken, haben die Selbstverwaltungsorgane zumindest im Obersten Gerichtshof des Landes einen Freund gefunden, der sie vor zu großer Willkür der Zentralgewalt schützt. Unterstützung kommt auch von den internationalen Gebern. Dabei entstehen allerdings immer wieder Abstimmungsprobleme, die - so das Fazit einer Konferenz der Münchner Südosteuropa-Gesellschaft - die Arbeit für die Albaner erschweren.

Derzeit streiten die Regierung von Ministerpräsident Berisha und der Oberbürgermeister der Stadt Tirana, Edi Rama, besonders heftig miteinander. Stein des Anstoßes sind vier städtische Straßenbauprojekte, die nach Ansicht der Regierung nicht korrekt ausgeschrieben und daher gestoppt worden sind. Rama, der auch an der Spitze der Sozialistischen Partei steht, hatte die Bauarbeiten just an dem Tag beginnen lassen, an dem seine Partei die Parlamentswahlen verloren hatte. Seither versperrt nicht nur ein großer Kieshaufen den Zugang zum Gebäude des Ministerrates; eine halbfertige Rampe, die zu einer Hochstraße führen und den Verkehr an einem der wichtigsten Knotenpunkte der Stadt entzerren sollte, macht statt dessen das Autofahren zur Hölle. Rama, der wohl charismatischste Politiker Albanien, nutzt den allgemeinen Ärger, um der Regierung undemokratisches Verhalten und die Mißachtung kommunaler Selbstverwaltungsrechte vorzuwerfen.

Kaum jemand nähme den politischen Streit zur Kenntnis, stünden nicht Ende des Jahres Kommunalwahlen an. Dabei geht es um die Fähigkeit der Parteien, die Bürger effizient und ohne Korruption und Vetternwirtschaft mit staatlichen Dienstleistungen zu versorgen. Der Staat hat seine Bürger bisher nicht verwöhnt. Viele Albaner glauben inzwischen, die Unfähigkeit der kommunalen Behörden sei für die zahlreichen Mißstände in den Städten und Gemeinden verantwortlich. Das ist nicht ganz falsch. Schwerer wiegt jedoch, daß die Zentralregierung vom nationalen Steueraufkommen - wenn überhaupt - nur wenig abzugeben bereit ist. Außerdem will die Bürokratie der Zentralgewalt oftmals nicht loslassen und überträgt Aufgaben nur halbherzig.

Unter der neuen Regierung soll nun angeblich alles besser werden. Das Recht der Kommunen, lokale Steuern und Gebühren zu erheben, ist inzwischen verankert; an einem Mechanismus zur Aufteilung des Steueraufkommens wird gearbeitet. Zum Jahreswechsel haben die Kommunen die Verantwortung für die Primarschulen und die Gesundheitsdienste übernommen. An Standards und Qualitätskriterien für Erziehung, Gesundheit und Sozialleistungen wird gearbeitet. Gleichwohl bleibt die Dezentralisierung ein ehrgeiziges Projekt.

Da gut 70 Prozent aller Gebäude im Land illegal gebaut wurden, Grundbucheintragen nicht existieren und die Besitzverhältnisse undurchsichtig sind, fällt die Grundsteuer als sonst übliche Finanzierungsquelle der Kommunen noch weitgehend aus. Nicht weniger problematisch ist der große graue Markt, in dem zwischen 40 und 50 Prozent des Sozialprodukts außerhalb des Zugriffs der staatlichen Behörden erwirtschaftet werden.

Kommunale Erfolgsgeschichten gibt es aber schon jetzt. In der südostalbanischen Stadt Korça ist es der Kommunalverwaltung gelungen, in Zusammenarbeit mit der "Kreditanstalt für Wiederaufbau" für 24 Millionen Euro die zentrale Wasserversorgung in ein gut funktionierendes Dienstleistungsunternehmen zu verwandeln. Früher floß das Wasser nur vier Stunden am Tag. Heute klappt die Versorgung rund um die Uhr, das Wasser ist sauber, und es gibt deutlich weniger Krankheitsfälle durch Verunreinigungen. Verluste, die früher aufgrund brüchiger Rohre und technischer Pannen 78 Prozent ausmachten, liegen heute bei knapp 20 Prozent. Noch wichtiger ist, daß der Verbrauch gemessen wird und die Verbraucher inzwischen regelmäßig und ohne Murren ihre Wasserrechnungen bezahlen. Mit dem Verhalten der Verbraucher hätten sich auch die Motivation der Arbeitnehmer und ihre Einstellung zur Arbeit geändert, berichtet der Bürgermeister von Korça. Noch ist diese Einstellung für Albanien außergewöhnlich.

Alle Rechte vorbehalten. © Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH

**Autor/en:** Kaps, Carola